

---

# Osteuropas Wirtschaft: Fluch oder Segen für Österreich?

Reinhard Engel

---

Die Stimmung ist ganz schnell gekippt. Lange Jahre hat Osteuropa die Öffentlichkeit kaum beschäftigt. Unmittelbar vor der Haustüre der Österreicher war eine Umwälzung von historischem Ausmaß passiert, und sie haben kaum aufgeschaut, außer vielleicht beim Mauerfall und in den Sommertagen 1989, als die ungarische Grenze aufging. Danach, als auf den brutalen ökonomischen Umbau ein rapides Wachstum folgte, befaßten sich mit Osteuropa fast ausschließlich die Manager, Verkäufer und Ingenieure jener Unternehmen, die dort rasch ihre Zukunft sahen. In der Bevölkerung gab es hingegen gegenüber Osteuropa eine tief sitzende Verweigerung – sehr breiter Schichten. Sie interessierten sich nicht im geringsten dafür, was dort los ist, auch wenn westliche Firmen in der ganzen Region eine enorme Bedeutung erlangen konnten, selbst wenn ein Gutteil der österreichischen Exporte dorthin verkauft wird, und wenn Ungarisch auch schon in kleinen Skigebieten wie Semmering und Präbichl zu einer oft gehörten Sprache geworden ist.

Doch ein Aspekt fand stets Augenmerk, auch wenn es sich dabei weitgehend um ein Zerrbild handelt. Ob in der nicht ganz zimperlichen Wahl-Rhetorik der FPÖ und des BZÖ Jörg Haiders oder scheinbar seriöser zwischen Buchdeckeln gegossen als Stammtisch-Ökonomie der »Globalisierungs-Falle«, der Blick blieb derselbe: Aus dem Osten kommt Gefahr, dorthin verdampfen unsere Jobs, dort blüht das Verbrechen, die heile, stabile Welt der siebziger Jahre droht daran kaputtzugehen. Jetzt ist diese Einstellung vom Rand in die Mitte gerückt, in der Wissenschaft nennt man das Paradigmenwechsel: Auf einmal ist Osteuropa aus den Schlagzeilen nicht mehr wegzubekommen, und es erinnert gelegentlich mehr an mittelalterliche Schauerbilder denn an moderne Wirtschaftsberichterstattung.

Plötzlich kommt alles Schlechte aus dem Osten: Der österreichische Wohlstand ist gefährdet, die globale Krise, die zwar in den USA ihren Ausgang hatte, wird vor allem unter einem Aspekt gesehen: Werden die Volkswirtschaften im Osten kollabieren? Werden Insolvenzen und Währungsschwächen in unmittelbarer Nachbarschaft die heimischen Großbanken treffen und anschließend das österreichische Budget und das eigene, sorgfältig manikürte Gärtlein ruinieren?

Dieser Paradigmenwechsel hat auch einen Gutteil der Medien erfaßt: Fand man auf den Wirtschaftsseiten jahrelang recht unreflektiert die Werbeaussagen der Unternehmen von der »Ost-Phantasie« wieder, so schlug auch dort die Meinung des Mainstream dramatisch um. Keine Analyse kann noch so abstrus sein in ihren negativen Aussagen, daß sie nicht als Beleg für den bevorstehenden Absturz ganz Osteuropas herangezogen wird. Da tauchen Institute und Fachleute auf, kommen sie aus der Schweiz, aus England oder aus Dänemark, die über die Region kaum spezifische Expertisen vorzuweisen haben, und dennoch wird alles gierig apportiert. Den britischen oder spanischen Medien darf man das nicht vorwerfen, den österreichischen und deutschen, die viel näher am Geschehen sind, sehr wohl. Nun rächt sich, daß auch hierzulande keine breitere Wissensbasis bei Zeitungen und elektronischen Medien aufgebaut wurde. Kaum ein paar Handvoll Journalistinnen und Journalisten haben in den Wirtschaftsressorts systematisch über Osteuropa aus erster Hand berichtet, kennen die Situation vor Ort auch jenseits von Pressekonferenzen und straff organisierten PR-Tagesreisen. Und die Banken, Meinungsführer beim Aufstieg und Fall Osteuropas gleichermaßen, mühen sich mit dem Rucksack eines massiven Glaubwürdigkeitsproblems ab, zwischen Beschwichtigung, Schönreden und Krisenmanagement, eine neue Art der offeneren, glaubwürdigeren Kommunikation zu finden.

Wie steht es jetzt tatsächlich um die Ökonomien Osteuropas mit ihren tiefen Einbrüchen von Wachstum und Nachfrage? Besteht wirklich Gefahr, daß die ganze Region zusammenbricht und Österreich mit sich reißt? Eine knappe Analyse soll Stärken und Schwächen des österreichischen Wirtschaftsmodells in seiner Verknüpfung mit Mitteleuropa zeigen. Treten wir erst einmal zwei Schritte zurück, heuer jährt sich der Fall der Mauer und der Systemwechsel in Osteuropa zum 20. Mal. Was wurde seither erreicht?

---

### **Mitteleuropa ist eine Erfolgsstory – politisch und ökonomisch**

---

Für das dort in den letzten 20 Jahren Geleistete ist Hochachtung angebracht. Denn die ökonomischen Voraussetzungen nach dem überraschenden politischen Wandel waren in Ost-Mitteleuropa alles andere als ideal. In wenigen Worten zusammengefaßt: Am Ende des Kommunismus fehlten die wirtschaftlichen Eliten zum Systemwandel, es fehlte Technologie, es fehlte Kapital, und es fehlten die dazupassenden Kapitalisten. Die Hoffnung auf großzügige westliche Hilfe à la Marshall-Plan oder auf Finanzspritzen aus London, Bonn und Paris sollte sich sehr schnell als Illusion herausstellen – auch wenn die EU in einigen Bereichen wichtige Hilfe geboten hat.

Was waren also die Leistungen unserer östlichen Nachbarn? Erstens die politischen Leistungen: Bei allen offenen Baustellen gibt es heute stabile Demokratien, funktionierende Institutionen von Parlamenten bis zu unabhängigen Gerichten, freie Wahlen, wiederholte, unblutige Regierungswechsel, aber auch häßliche Seiten: Korruption, extremistische Parteien, Fremdenhaß, Antisemitismus. Zweitens die ökonomische Sphäre: Überall erfolgte ein radikaler Umbau in Richtung Marktwirtschaft: Liberalisierung, Privatisierung, Zerschlagung der alten staatlichen Konzerne, in manchen Ländern schneller, in anderen langsamer, aber doch insgesamt im Vergleich zu Westeuropa zügig, denkt man an die westeuropäischen Privatisierungsgeschwindigkeiten in den neunziger Jahren zurück.

Die Kosten dieses Prozesses waren allerdings enorm – und nicht nur im Ruhrgebiet, in Oberitalien oder in Niederösterreich, von wo Jobs in die neuen, alten Industriezonen von Győr, Mladá Boleslav oder Gleiwitz abwanderten. Gemeint ist der Veränderungsdruck, dem die Ungarn, Tschechen oder Polen ausgesetzt waren. Denn dort blieb wirklich kein Stein auf dem anderen. Der Leiter der deutsch-ungarischen Handelskammer in Budapest versuchte einmal vor westlichen Gästen, mit einem – zugegeben gewagten – Vergleich die Größenordnung des Wandels in Osteuropa zu demonstrieren. »Stellen Sie sich vor, in Deutschland gäbe es innerhalb weniger Jahre einen kompletten Umbau auf ein anderes Rechtssystem, etwa das islamische.«

Zwischen Budapest, Prag und Warschau wurden in kürzester Zeit Entwicklungen mit ungeheurer Dramatik Wirklichkeit, die im Westen Jahrzehnte gebraucht hatten. Schlagwortartig: Neben der Privatisierung waren dies Internationalisierung, Entbürokratisierung, das Ganze unter dem Druck von Außenverschuldung und Budgetknappheit. In den Unternehmen kippten innerhalb von Monaten komplette Hierarchieebenen aus der Verwaltung, es gab Technologieschübe ungeahnten Ausmaßes und völlig neue Organisationsformen wie *Lean Production*, *Just-in-Time* oder Gruppenarbeit. Auf der gesellschaftlichen Ebene kamen noch alle Unwägbarkeiten eines neuen, liberaleren aber auch chaotischeren politischen Systems hinzu. Ein amerikanischer Politologe kreierte dafür eine treffende Beschreibung: »Der Umbau eines Schiffes auf hoher See.«

---

### **Die entscheidende Branche für diesen Umbau war die Industrie**

---

Wendet man auf die osteuropäischen kommunistischen Staaten vor 1989 ihre eigene Analyse von politischem Überbau und ökonomischem Unterbau an, was lag dann als Fundament unter den leninistischen Diktaturen? Es waren Industrien, Kohle und Stahl, Metallbearbeitung und Konsumgüterproduktion, Weiterverarbeitung agrarischer Rohstoffe in großen Fabriken, Rüstungsproduktion auf halbwegs internationalem Niveau. Aber das politische System hatte seinen Preis verlangt. Ein US-Ökonom sprach ätzend von der »weltgrößten fortgeschrittensten Wirtschaft – des 19. Jahrhunderts«.

Die späteren Reformstaaten waren auch im Kommunismus Industrieländer gewesen. Mit der Ausnahme des Rüstungsbereichs hatten sie weitgehend den Anschluß an den Westen verloren, sowohl was Technologie angeht als auch Produktions- und Managementmethoden. Nicht so sehr bei der Kapitalisierung: Kommunistische Manager waren meist gute Lobbyisten und holten viel aus dem politischen System heraus: billige Energie, gewaltige Mengen an Rohstoffen, riesige Mitarbeiter-Zahlen. Aber es war eine gigantische Verschwendungs-Maschine, und – in den Worten des langjährigen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf – die Innovation endete dort in den sechziger Jahren. Deutsche Automobil-Manager waren entsetzt von den Zuständen, als sie nach der Wende erstmals DDR-Betriebe besuchen konnten. In vielen anderen Fabriken der Region sah es nicht anders aus.

Aber diese Industrie sollte dann eine Schlüsselrolle beim Totalumbau der Reformstaaten bekommen. Ja, es kamen Touristen nach Prag und Budapest, es wurden eifrig Versicherungen eröffnet und Bankfilialen modernisiert, Tausende von Frauen und Männern gründeten Kleinfirmer und wurden Freiberufler. Aber im Kern hingen und hängen diese Staaten von einer konkurrenzfähigen industriellen Wertschöpfung ab.

Ihre Integration in die Märkte Europas konnte nur gelingen, wenn sie etwas erzeugten, was die Österreicher, Deutschen, Holländer und Franzosen auch kaufen würden.

Diese Strategie scheint aufgegangen zu sein. Exportquoten in den EU-Raum von 60 bis 70 Prozent zeigen, daß die erfolgreichsten unter den Reformstaaten etwa so weit integriert sind wie die südeuropäischen Mitglieder der Gemeinschaft, die schon viel länger beim Club der Reichen dabei sind. Erinnerung sei etwa an das Beispiel Slowakei, ein Land, das unter Ministerpräsident Vladimir Meciar noch lange auf Ost-Kurs und Isolation ausgerichtet war, und das dann nach dessen Abwahl dennoch schnell EU-Beitritt und Euro geschafft hat.

Die westeuropäische Industrie konnte davon ebenfalls profitieren. Sie war selbst am Beginn der Ostöffnung unter äußerst starkem internationalen Anpassungsdruck gestanden und ist in vielen Bereichen heute wettbewerbsfähiger als vor 20 Jahren. Man verlagerte eigene Werkteile nach Osten, man kauft von dortigen Produzenten zu, es entwickelten sich ausdifferenzierte grenzüberschreitende Netzwerke – vor allem in der Automobil- und Elektroindustrie, im Maschinenbau und in den IT-Branchen. Stellvertretend für viele andere seien einige Produktnamen erwähnt, bei denen man nicht immer gleich an Osteuropa denkt: Audi-Sportwagen und Opel-Motoren, Panasonic-Autoradios und Sony-Fernseher, Nokia-Handys, IBM-Computerlaufwerke und Motorola-Elektronikbausteine. Der Name Ferdinand Piëch stehe hier für eine ganze Generation westlicher Manager, die mittlerweile die Fabriken in Mladá Boleslav, Győr und Bratislava ganz selbstverständlich nutzen.

---

### **Und was haben die Österreicher davon gehabt?**

---

Österreich kann man ohne Zweifel zu den größten Profiteuren dieser Entwicklung zählen. Die Ostöffnung hat ganz Westeuropa neue Dynamik gebracht. Für Österreichs Wirtschaft war diese aus mehreren Gründen noch wichtiger: Österreichs Industrie befindet sich seit Jahrzehnten in einer Sandwich-Lage: Sie produziert nicht wirklich High-tech, aber auch keine Billigwaren mehr. Sie war mit Ausnahme einiger staatsnaher Konzerne und weniger größerer Mittelständler kaum internationalisiert. Sie verfügt über keine starken globalen Marken im Konsumgüterbereich; aber sie hat große Expertise in modernen Fertigungstechnologien, im Maschinen- und Anlagenbau, in verschiedensten Nischen – vom Spritzguß bis zur Turbinenkonstruktion, vom Motoren-Engineering bis zu Hochleistungs-Schienen, von der Pulvermetallurgie bis zu komplexen Transportsystemen.

Die Ostöffnung ist für Österreich gerade recht gekommen – im Doppelschlag mit dem EU-Beitritt, denn der erfolgte reichlich spät. Ansonsten hätte Österreich durchaus schon vor 20 Jahren eine krisenhafte Entwicklung treffen können, wie sie etwa Finnland schmerzhaft durchlaufen mußte. Österreich lag geografisch optimal, von hier aus begannen internationale Konzerne, mit ihren Osteuropa-Zentralen die Region zu erschließen. Aber auch heimische Unternehmen konnten erstmals in größerem Umfang über die Grenzen expandieren, zwar noch nicht nach Westen, sondern vorerst nach Osten. Heute betreiben österreichische Unternehmen in der gesamten Region rund 15.000 Firmen, von Industriegiganten wie der OMV-Tochter Petrom in Rumänien bis zu Gewerbebetrieben wie einer kleinen Alfa-Romeo-Werkstatt vor den Toren von Budapest, die ein Grazer gegründet hat und erfolgreich führt. Die Palette ist äußerst bunt. Es sind Gewerbebetriebe und Handelsketten, Dienstleister und Wirt-

schaftsanwälte, Ingenieurbüros und Baumärkte, die in den letzten Jahren ihren Heimmarkt überproportional vergrößerten. Für manche war es ein kleiner Schritt über die Grenze ins benachbarte Weinbaugebiet, um dort Pressen zu verkaufen, andere überziehen mit Drogeriemärkten ganze Länder.

Zu den ganz großen Investoren in der Region zählen die Banken und Versicherungen. Mit 200 Mrd. Kreditvolumen in Osteuropa – diese Zahl kommt von der Österreichischen Nationalbank – haben sich die Wiener deutlicher vorgewagt als Finanzmanager aus anderen Hauptstädten. Wohl gibt es auch belgische, französische und italienische Auslands-Investoren in der Region, aber bezogen auf das Bruttosozialprodukt des Landes führt Österreich mit Abstand. Es war das Fehlen der deutschen Großbanken, das den Österreichern erst die Möglichkeit eröffnete, so stark zu internationalisieren. Als die Mauer und der Eiserner Vorhang fielen, waren die deutschen Institute überwiegend damit beschäftigt, ihre eigenen neuen Länder zu erschließen. Die Österreicher hingegen drängten nach Ungarn, in die damalige Tschechoslowakei, nach Polen und Richtung Balkan. Ihre immer dichter gewobenen Netze – bis hinein in regionale Provinz- und Industriestädte – sind mittlerweile beachtlich fein gesponnen. Auch wenn Raiffeisen International bereits seit einiger Zeit sein Filialnetz in der Ukraine wieder strafft, in der gesamten Region zwischen Adria und dem Ural arbeiten mehr als 60.000 Menschen für die Gruppe, an 3100 Standorten. Bank Austria/UniCredit betreibt ihre Geschäfte in 2800 Filialen, mit 54.000 Mitarbeitern. Die Erste Bank, die vor allem Großsparkassen in Tschechien, der Slowakei und in Rumänien gekauft hat, hält bei knapp 2000 Filialen außerhalb Österreichs. Selbst die auf den Mittelstand spezialisierte Volksbank International, an der auch deutsche und französische Volksbanken beteiligt sind, hat schon mehr als 600 Bankstellen in Osteuropa.

---

### **Mittelosteuropa und die Finanzkrise**

---

Die Banken und Bankkunden in Prag, Budapest und Bukarest hatten in ihren Portfolios keine Subprime-Papiere. Ihre finanziellen Bedürfnisse lagen ganz woanders: beim Finanzieren von Handelswaren, Unternehmen, Maschinen, Wohnungen, Autos, Haushaltsgeräten. Und jener kleine Teil der Gesellschaften, der schon Geld zum Investieren hatte, befand sich auf der Anlegerpyramide noch ein gutes Stück weiter unten: unterwegs vom Sparbuch zur Lebensversicherung, es begannen Pensionsvorsorgen und erste zaghafte Spiel-Versuche an den sich entwickelnden lokalen Aktienmärkten. Aber jene giftigen Produkte, die das globale Finanzsystem an den Rand des Ruins treiben sollten – und wir wissen ja immer noch nicht, ob wir nicht schon über der Klippe hängen –, die spielten in Osteuropa keine Rolle. Das führte auch dazu, daß noch im Herbst des Vorjahres Spitzenbanker davon sprachen, man sei von der Finanzkrise so gut wie gar nicht betroffen.

Plötzlich ging es dann aber dramatisch schnell: Die internationalen Großbanken brauchten Geld, um ihre eigenen schwachen Bilanzen halbwegs glaubhaft darzustellen. Was lag da näher, als Positionen aufzugeben, die einem nicht so wichtig sind, und die ein gewisses, nicht ganz durchschaubares Risiko enthalten: Das traf nicht nur Hausbesitzer in den USA und in England, sondern vor allem die sogenannten Emerging Markets. Mit einem Mal wurden osteuropäische Papiere in großem Ausmaß abgestoßen, die kleinen Börsen der Region stürzten ab – und mit ihnen jene in Wien, nicht zuletzt wegen ihrer zuvor vielgepriesenen Ost-Phantasie.

Im Einklang mit der Kreditklemme im Westen stellten die Banken auch ihre Ausleihungen nach Osteuropa gegen Null. Und sie kauften auch keine Anleihen mehr, nicht einmal gut verzinst. Das erschütterte etwa Ungarn, das für die Finanzierung seines Budgets regelmäßig neue Staatspapiere ausgeben muß. Auf einmal wollte diese keiner, und der Währungsfonds mußte mit einem riesigen Hilfspaket einspringen. Wohl hatten die ungarischen Regierungen die Budgetdisziplin nicht allzu hoch gehalten, aber eine Gesamtverschuldung in der Höhe von 70 Prozent vom BIP wäre noch nicht bedrohlich – Österreich hält bei 60, die Schuldenquoten mancher westeuropäische Staaten sind dreistellig, etwa jene von Belgien oder Italien.

In weiterer Folge kamen mehrere Währungen unter Druck und rutschten ab: Nicht nur der Forint, auch Zloty, Lei, Griwna, sogar die Krone. Und dadurch konnten viele Private, die sich in fremden Währungen – Euro, Dollar, Franken – verschuldet hatten, ihre Raten nicht zurückzahlen, zumindest nicht gleich oder in vollem Ausmaß.

---

### **Die Bänder stehen still – Wachstumsknick und Rezession**

---

Aber auch die sogenannte Realwirtschaft wurde hart getroffen. Im Gleichklang mit den westeuropäischen Konzernen, etwa der Automobil- oder auch Elektroindustrie, brachen in Osteuropa die Zuliefer-Aufträge ein, teilweise dramatisch. Es kam in Ländern wie der Slowakei, in Ungarn oder Rumänien erst zum raschen Abbau von Leiharbeitskräften, dann auch schon zu Massenentlassungen. Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) beschreibt in seinen neuesten »Analysen und Prognosen« differenziert die unterschiedlichen Auswirkungen der globalen Krise auf die Region Mittel- und Osteuropa: »Alle Länder, mit denen sich der Bericht befaßt, haben eine deutliche Verschlechterung der Wirtschaftslage gemeinsam.« Die Gründe: Überall kommt es zu Kreditverknappung und zu einem herben Rückgang der Industrieproduktion und des Außenhandelsvolumens.

Es gibt aber nicht »ein Osteuropa«, berichten die Experten: »Die wirtschaftliche Lage ist, wie schon in den vergangenen Jahren, zurzeit keineswegs einheitlich und wird es auch in nächster Zukunft nicht sein«, heißt es in dem Bericht. Ausschlaggebend dafür sind länderspezifische Gegebenheiten. In einigen EU-Mitgliedsländern konnten die Unternehmen bereits eine hohe Wettbewerbsfähigkeit entwickeln, mit einer umfassenden Palette von Exportgütern nach Westeuropa und Übersee. Andere Länder, speziell in Südosteuropa, sind noch nicht soweit, und dort hat eine starke reale Währungsaufwertung die Unternehmensentwicklung vorzeitig abgebremst, das schlägt sich wiederum in hohen Leistungsbilanzdefiziten nieder.

Die WIIW-Ökonomen unterscheiden drei Gruppen von Ländern in der Region: Zu einer signifikanten Verlangsamung des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis hin zur Stagnation wird es voraussichtlich in folgenden Ländern kommen: in Polen, in der Slowakei und in Tschechien. »Diese Volkswirtschaften haben zwar eine gute Ausgangsposition«, so der Ökonom Gábor Hunya. »Aber auch ein leichtes Wachstum von ein bis zwei Prozent nach Steigerungen von sieben Prozent ist ein riesiger Rückschlag.« Ähnliche Entwicklungen prognostiziert das WIIW für Albanien und Rußland. Eine deutliche Verringerung des Bruttoinlandsproduktes – also Rezession – werden heuer folgende Länder hinnehmen müssen: Estland, Lettland, Litauen und Ungarn; Kroatien, Mazedonien und die Türkei; Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien sowie die Ukraine. Zwischen diesen beiden Gruppen gibt es noch

einige Länder – Bulgarien, Rumänien und Slowenien –, die laut WIIW im Jahr 2009 eine Stagnation oder einen leichten Rückgang im Vergleich zu 2008 verzeichnen werden.

Wie lange die Krise dauert, getraut sich noch niemand zu prognostizieren. Laut WIIW ist es »höchst unsicher, wann es in den Ländern der gesamten Region zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommen wird, und wie stark er ausfallen wird«. Ein Anstieg der Exporte hat das höchste Potential eines künftigen Wachstumsmotors. Dies liegt allerdings außerhalb der Einflußsphäre der mittel- und osteuropäischen Länder. Dafür sind sie auf ihre internationalen Handelspartner und deren Importbereitschaft angewiesen. »Es ist nicht sicher, ob Westeuropa oder die USA in den nächsten Jahren solch eine Rolle übernehmen werden«, so das WIIW. Im Falle einer globalen günstigen Wirtschaftsentwicklung könnte die Wirtschaft der Region 2010 oder 2011 wieder zu wachsen beginnen. »Ähnlich hohe Wachstumsraten wie in den letzten Jahren werden aber vorerst kaum erzielbar sein, weil die Finanzierung von außen nicht bald wieder das frühere Ausmaß erreichen dürfte.«

---

### **Bleibt die große Frage: Wie gefährlich ist Osteuropa für Österreich?**

---

Was die österreichischen Banken angeht, so haben diese insgesamt zwischen 200 und 300 Mrd. Euro an Krediten in der Region vergeben. Aber das umfaßt das gesamte Portfolio, von Staatsschulden bis zum Konsumentenkredit für eine Waschmaschine, von der Betriebsmittelfinanzierung eines Hotels am Balaton bis zum Bau eines mehrgeschoßigen Wohnhauses in Zagreb. Gefragt nach den Risiken in Osteuropa, antworten die Wiener Raiffeisen-Chefs gerne, daß Kunden wie Siemens wohl kaum insolvent werden dürften.

»Weder die Erste noch andere österreichische Banken werden auf Grund dieser Krise pleite gehen«, so Andreas Treichl, Generaldirektor der Erste Group, in einem Radio-Interview. Daß ein Wiener Bankenchef Derartiges überhaupt aussprechen muß, zeigt bereits, wie schwierig die Lage ist. Die Aktienkurse der großen Banken verfielen dramatisch, heißen sie jetzt Erste oder Raiffeisen International. Praktisch alle österreichischen Institute stellten sich beim Staat an, um aus dem 100 Mrd. Euro großen Bankenpaket ihr Eigenkapital zu stärken, sogar die bereits zur italienischen UniCredit Group gehörende Bank Austria bemühte sich darum. Gerüchte über Teilverstaatlichungen in der Branche – über die Kommunalkredit hinaus – wurden wohl dementiert, halten sich aber weiter hartnäckig. Und vor dem Hintergrund der drohenden Bank-Risiken in Osteuropa hat bereits die Kreditwürdigkeit des ganzen Landes gelitten. Noch gilt für Österreich das Triple-A-Rating, aber für Anleihen bezahlt die Republik gegenüber Deutschland schon merkbare Aufschläge.

Wenn – wie bei früheren umfassenden Krisen – quer durch die Branchen und Länder 20 Prozent dieser Kredite uneinbringlich wären, hätten Bank Austria, Raiffeisen, Erste Bank und Volksbanken ein ernstes Problem. Aber davon sollte man in dem gesamten Mix nicht ausgehen, vor allem nicht innerhalb eines Jahres. Die Krise wird noch andauern, damit sollten auch ihre unangenehmen finanziellen Folgen auf mehrere Jahre aufteilbar sein. Und sollten sogar die Ausleihungen eines ganzen Landes – sagen wir, der Ukraine – notleidend werden, und Raiffeisen International ist dort recht groß engagiert, dann könnten das für die Gruppe mehrere Mrd. Euro sein. Im wohlhabenden Raiffeisen-Sektor wäre das unangenehm, aber durchaus zu schaffen. Ähn-

liches gilt für die Erste Bank und Rumänien. Natürlich ist ein völliger Zusammenbruch auch nicht ganz ausgeschlossen, selbst wenn man das als äußerst unwahrscheinlich ansieht. Aber dieses Horror-Szenario betrifft nicht nur Osteuropa, sondern die gesamte instabile Weltwirtschaft.

Worüber sich die Wiener Banker bei allen realen Auswirkungen der Krise am meisten ärgern ist, daß ganz Osteuropa in einen Topf geworfen wird, daß viele Analysten und Kommentatoren nicht differenzieren wie das WIIW: »Hier von Klumpenrisiko zu reden ist schon seltsam«, so Michael Mauritz, Konzernsprecher der Erste Bank. »Wir haben 17 Millionen Kunden in acht Ländern, stärker kann man Risiko ja wohl kaum aufteilen.« Zwischen Volkswirtschaften wie Tschechien, der Slowakei und der Ukraine bestünden gewaltige Unterschiede. »Mit Ausnahme von Rumänien sind bei uns die Kreditausfallraten überall niedriger als in Österreich.« Man habe in die Realwirtschaft der Region investiert, hinter den Krediten stünden konkrete Unternehmen, Projekte und Menschen, keine Blasen und spekulativen Papiere. »Natürlich werden die Risiko-Kosten steigen«, so Erste-Konzernsprecher Mauritz, »aber wir sind überzeugt, daß Osteuropa wieder zurückkommen wird.«

Die westlichen Banken finanzierten freilich nicht nur Exporteure, Handelsketten und Industrielle, sondern auch Hunderttausende von Privatkunden. Ein Gutteil dieser Ausleihungen ist zwar lokal mit Spareinlagen unterlegt, aber es gibt auch giftige Fremdwährungskredite, die jetzt – nach Verfall von Forint, Griwna und Zloty – für viele Kunden schwer rückzahlbar werden. Diese Fremdwährungskredite machen in manchen Märkten, etwa Ungarn, erhebliche Größenordnungen aus. So heißt es etwa im Raiffeisen-International-Geschäftsbericht für 2008, daß deren Anteil bei den gesamten Kundenkrediten 73 Prozent beträgt, bei den privaten Hypothekarkrediten sogar 82 Prozent.

Und noch ist der Tiefpunkt nicht erreicht. »Die Folgen in der Industrie kommen zeitverzögert, etwa ab der zweiten Jahreshälfte«, so ein Sprecher von Raiffeisen International. Man glaube dennoch, daß man mit den eingeleiteten Maßnahmen durchkomme. Raiffeisen hat von den hohen Gewinnen des Vorjahres die Risikovorsorge dramatisch aufgestockt, man fährt die Fremdwährungskredite zurück, die rasche Filial-Expansion ist längst umgeschlagen in Personalabbau in besonders schwierigen Märkten wie der Ukraine und in Ungarn.

---

### **Solidarität der Europäer?**

---

Wie steht es aber um die Hilfe der Europäer? Es sollte sie geben, und es wird sie geben, auch wenn die österreichischen Bemühungen anfänglich eher ungeschickt aussahen – etwa die Osteuropa-Tour von Vizkanzler und Finanzminister Josef Pröll, die vor allem jene Länder abdeckte, in denen Raiffeisen besonders stark betroffen ist. Denn die Region bleibt für ganz Europa weiterhin wichtig, nicht nur für Österreich als unmittelbarer Nachbar. Deutschland, Italien und Frankreich exportieren kräftig nach Osten und wollen das weiter tun. Bei allen Unterscheidungen der Stabilität der einzelnen Länder, auch in Brüssel, Paris oder Berlin möchte niemand riskieren, daß ein Land zusammenbricht – was dann eventuell noch schlimmere Domino-Folgen in der Umgebung nach sich ziehen würde. Es sollte also – sowohl innerhalb der EU und der europäischen Finanzinstitute als auch im IWF – recht schnell Stützungspläne und dann auch konkrete Hilfen geben. Erste Erfolge konnten dann die Österreicher – und

Ungarn – in Brüssel verbuchen, als zumindest der EU-Krisenfonds mit 50 Mrd. Euro stärker dotiert wurde. Ähnliches gilt für die beim Londoner G-20-Gipfel beschlossenen auf 750 Mrd. Dollar großzügig erweiterten globalen IWF-Rahmen, aber selbst dabei dürfte es insgesamt kaum bleiben.

Denn die Krise – in Ost- und Westeuropa – hat auch direkte Auswirkungen auf das gesamte europäische Projekt. Wie der britische Historiker und Osteuropa-Spezialist Timothy Garton Ash vor kurzem in Wien sagte: Entweder wir bekommen jetzt mehr Europa, oder es wird von selber weniger, mit großen Gefahren. Und George Soros schlug in einem Gastkommentar für die *Financial Times* vor, Europa sollte zentral Euro-Anleihen begeben, um den protektionistischen Einzelmaßnahmen einen gemeinsamen Finanzmarkt entgegenzusetzen.

Für die Österreicher, ob jetzt als direkte Exporteure oder auch nur mittelbar von der Wirtschaft der Nachbarländer Abhängige, wird diese Region nach wie vor der wichtigste Markt bleiben. Nur die allerbesten der heimischen Unternehmen liefern wirklich global – regional aber bereits sehr viele. Mit ihren zahlreichen Tochterunternehmen kann man ohne Übertreibung von einem vergrößerten Heimmarkt sprechen. Und nicht alle Branchen und Sektoren brechen so stark ein wie die Automobilindustrie: Ob für Umwelttechnik oder medizinische Geräte, ob für Verkehrsleitsysteme oder Kraftwerksturbinen, es gibt weiterhin Bedarf, Bestellungen wie auch Geld. Die österreichische Wirtschaft hängt also ganz unmittelbar von jener der Nachbarn ab, wie ihre umgekehrt von jener der Österreicher, Deutschen und Schweden. Das betrifft längst nicht nur die Banken. Daher sollten die Nachbarn die Krise auch gemeinsam bewältigen. Sie können sie nur gemeinsam bewältigen.

Diese zwei Beiträge (János Kornai/Reinhard Engel) sind der vierte Teil eines in Heft 3/2008 begonnenen Sonderprojekts über die monetäre und wirtschaftliche Entwicklung in den Transformationsstaaten und die Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft.

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Finanzen gefördert und von der Chefredaktion der »Europäischen Rundschau« in völliger redaktioneller Unabhängigkeit gestaltet.